



Konjunktur aktuell

2/2025

12. Juni 2025, 13. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **s. 36**



Konjunkturelle Belegung in Deutschland – strukturelle Probleme und US-Handelspolitik belasten

Wie es mit der internationalen Konjunktur in diesem und im kommenden Jahr weitergeht, hängt im Wesentlichen vom Fortgang der Handelskonflikte zwischen den USA und dem Rest der Welt ab. Alles in allem steigt die Weltproduktion in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2,3%. Das größte weltwirtschaftliche Risiko besteht darin, dass die Handelskonflikte der USA mit der EU und insbesondere mit China weiter eskalieren. Für die deutsche Wirtschaft gibt es mehr und mehr Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung, die jedoch ebenfalls erheblich von der möglichen Eskalation der US-Handelskonflikte gefährdet ist. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2025 mit 0,4% erstmals seit zwei Jahren wieder etwas zunehmen.

Konjunktur aktuell: Konjunkturelle Belebung in Deutschland – strukturelle Probleme und US-Handelspolitik belasten

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Die Erwartung deutlich höherer Zollsätze hat im ersten Quartal 2025 einen Boom der US-Importe ausgelöst. Im Euroraum bekam die gesamtwirtschaftliche Expansion dadurch einen kleinen Schub. Die Preisdynamik hat in den USA wie im Euroraum in den vergangenen Monaten weiter nachgelassen, auch wegen des Rückgangs des Erdölpreises. In beiden Wirtschaftsräumen dürften die Leitzinsen im Jahresverlauf weiter gesenkt werden. Dagegen belastet die Finanzpolitik in den USA die Konjunktur in diesem und im nächsten Jahr spürbar. Im Euroraum ist die Finanzpolitik in etwa neutral ausgerichtet. In der zweiten Jahreshälfte 2025 wird der Welthandel aufgrund der Zollerhöhungen in den USA wohl deutlich zurückgehen. Unter der in dieser Prognose getroffenen Annahme, dass die Handelskonflikte nicht eskalieren, kommt es aber zu keiner Rezession. Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2,3%.

Für die deutsche Wirtschaft gibt es mehr und mehr Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung. So hellen sich die Geschäftsaussichten der Unternehmen seit Jahresanfang langsam auf, und die Produktion hat im ersten Quartal 2025 um 0,4% expandiert. Dass die Exporte um 3,2% zunahmen, liegt allerdings zu einem Gutteil an der vorübergehend höheren Nachfrage aus den USA. Neben den Exporten expandierte auch der private Konsum das erste Mal seit längerer Zeit wieder deutlich. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen sind dagegen gesunken, wie sie es im Trend schon seit zwei Jahren tun. Nach wie vor belasten strukturelle Probleme die deutsche Wirtschaft (Demografie, Energiepreise, Strukturwandel in China). Dabei stützt die geldpolitische Lockerung durch die Europäische Zentralbank die Konjunktur, insbesondere über günstigere Finanzierungsbedingungen für die Immobilienwirtschaft. Im zweiten und vor allem im dritten Quartal dürfte es zu einem Rückschlag für den deutschen Export kommen. Die konjunkturelle Belebung wird dadurch deutlich gedämpft, aber nicht abgewürgt. Die finanzpolitische Wende dürfte sich erst ab dem Jahr 2026 spürbar in der Produktion niederschlagen.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2023 bis 2026

	2023	2024	2025	2026
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	-0,3	-0,2	0,4	1,1
darunter: Ostdeutschland ¹	0,0	-0,1	0,4	0,9
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	0,4	-0,1	-0,1	0,2
Tariflöhne je Stunde	3,6	4,7	2,6	2,6
Effektivlöhne je Stunde	6,6	5,6	3,5	2,4
Lohnstückkosten ²	6,7	5,6	3,3	1,6
Verbraucherpreisindex	5,9	2,3	2,0	1,9
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	46 011	46 081	46 101	46 138
Arbeitslose ³	2 609	2 787	2 950	2 927
in %				
Arbeitslosenquote ⁴	5,7	6,0	6,3	6,2
darunter: Ostdeutschland ¹	6,7	7,5	7,8	7,7
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-2,7	-2,2	-3,0
Leistungsbilanzsaldo	5,6	5,7	5,5	5,1

¹ Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ² Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ³ Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ⁴ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2025: Prognose des IWH (Stand: 11.06.2025).

* Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Fourné, Marius; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Kozyrev, Boris; Lindner, Axel; Mukherjee, Sukanya; Sardone, Alessandro; Schultz, Birgit; Zeddies, Götz.

Internationale Konjunktur: Zollwirren puschen kurzfristig Welthandel

Seit die USA im Frühjahr massive **Zollerhöhungen** gegenüber fast allen Handelspartnern ankündigten, drohen dem Welthandel und mit ihm der internationalen Konjunktur schwere Rückschläge. Derzeit gelten Zollsätze, die pauschal für China bei 30% und für fast alle anderen Länder um 10 Prozentpunkte über ihren alten Niveaus liegen, mit speziellen Regelungen für bestimmte Güterklassen (vgl. Tabelle 1). Darüber hinaus werden weitere erhebliche Zollerhöhungen angedroht. Die US-Regierung hat aber in den vergangenen Monaten zunächst angekündigte Schritte immer wieder verschoben, und stattdessen ist sie in Verhandlungen über bilaterale Abkommen eingetreten. So wird mit Kanada und Mexiko sowie der Europäischen Union (EU) verfahren, und auch mit China, nachdem sich die beiden Großmächte kurzzeitig mit exorbitanten Vergeltungszöllen überzogen hatten. Als erstes Land schloss Großbritannien mit den USA im Mai ein Abkommen, das allerdings vage ist.

Tabelle 1

Erhöhte US-Zollsätze ad valorem, Stand 10. Juni 2025

Land	Autos und Autoteile	Stahl, Aluminium	Halbleiter, Pharmazeutika, kritische Mineralien	restliche Güter
Kanada	25% auf Nicht-US-Teil der Wertschöpfung	50%	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen	25% auf nicht-USMCA-konforme Güter; 10% auf Energie und Pottasche
Mexiko	25% auf Nicht-US-Teil der Wertschöpfung	50%	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen	25% auf nicht-USMCA-konforme Güter
China	52,5%	50%	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen	30% (teilweise höher)
andere Länder (einschl. EU)	25%	50%	vorläufig von höheren Zollsätzen ausgenommen	10 Prozentpunkte zusätzlich zu den Zollsätzen des Jahres 2024

Quellen: Meltzer, J. P.: *The impact of US tariffs on North American auto manufacturing and implications for USMCA*, Mai 2025; Angotti, J.; Fisher, C. E.; Heeren, P.; Lowell, K.; Lowell, M. J.; Rodriguez-Johnson, L.: *Trump 2.0 tariff tracker*, Juni 2025; Huld, A.: *Breaking Down the US-China Trade Tariffs: What's in Effect Now?*, Juni 2025.

Die Erwartung künftig deutlich höherer Zollsätze hat seit Ende 2024 einen Boom der **US-Importe** ausgelöst (vgl. Abbildung 1), insbesondere von Metallfertigteilen, Pharmazeutika und IT-Produkten. Seit April sind die Zollsätze schon kräftig gestiegen, und nach vorläufigen Daten hat sich der Boom auch nicht fortgesetzt, die Warenimporte waren aber auch nicht besonders niedrig. Auf vorerst stabile Einfuhren deuten etwa Frachtraten für Seetransporte in amerikanische Häfen hin. In der vorliegenden Prognose wird unterstellt, dass es über die Anfang Juni geltenden US-Zollsätze hinaus zu keinen wesentlichen Erhöhungen kommt. Unter dieser Annahme liegt der durchschnittliche Zollsatz der USA laut Schätzungen des *Yale Budget Lab* 10½ Prozentpunkte über dem Vorjahr und ist mit etwa 13% so hoch wie zuletzt in den 1940er Jahren.¹

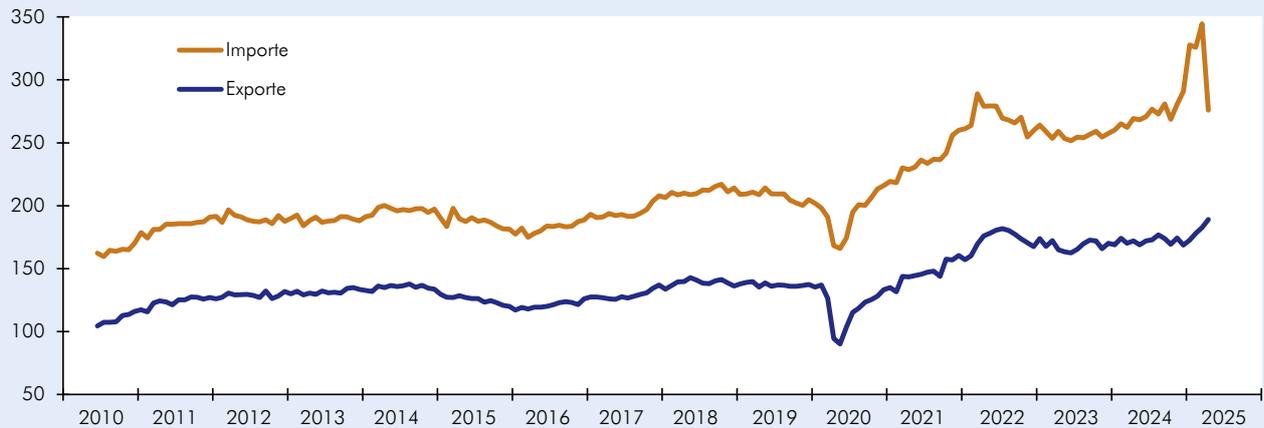
Die **Finanzmärkte** sehen derzeit recht gelassen auf die Handelskonflikte: Der US- Aktienindex S&P 500 ist in etwa 2% höher als zur Präsidentschaftswahl im November, der Weltindex von MSCI 5%. Dabei hatte die Ankündigung drastischer Zollerhöhungen im März und April die Aktienmärkte erst einmal einbrechen lassen, und der Dollar verlor relativ zum Euro im Februar etwa 10%. Für den amerikanischen Staatshaushalt gefährlich war der Anstieg der Renditen für US-Staatstitel direkt nach der offiziellen Verkündung der Zollpläne am „Liberation Day“, dem 2. April. Als die US-Regierung von den drastischsten Zollerhöhungen erst einmal absah, erholten sich die Aktienmärkte, der Außenwert des Dollars und die Renditen für US-Staatstitel sind dagegen kaum verändert. Dabei spielt wohl auch eine Rolle, dass die US-Regierung an ihren Steuersenkungsplänen festhält und deshalb eine Ausweitung des zuletzt mit 6,4% relativ zum Bruttoinlandsprodukt sehr hohen Bundes-Defizits zu erwarten ist. Alles in allem scheint das Vertrauen der Finanzmärkte in die Solidität des Schuldners USA ein Stück weit geschwunden zu sein.²

¹ Vgl. *The budget lab at Yale: State of U.S. Tariffs: June 1, 2025*, Juni 2025.

² Dazu passt, dass die Ratingagentur Moody's den USA Mitte Mai wegen wachsender Schulden und Zinskosten das Gütesiegel „AAA“ entzogen hat.

Abbildung 1
Warenhandel der USA

Saisonbereinigt; in Mrd. US Dollar

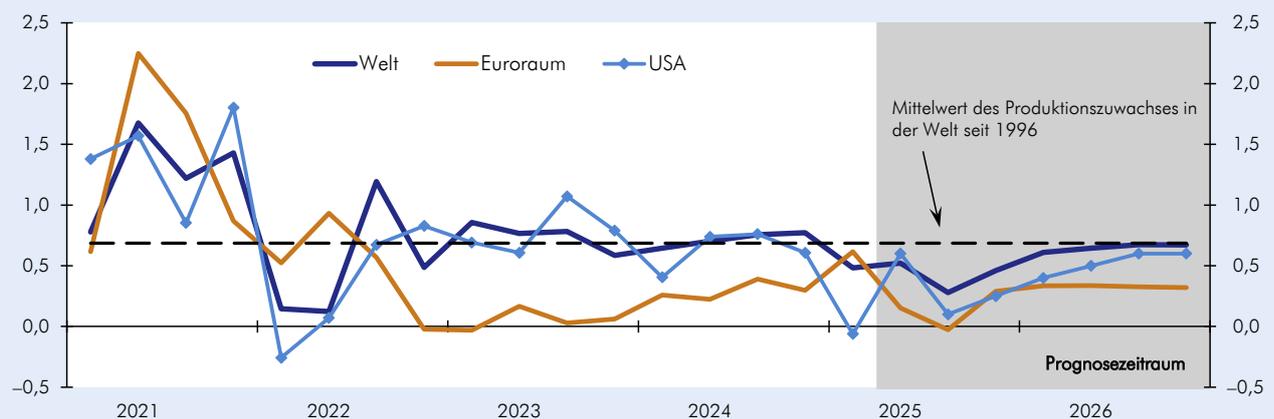


Quelle: US Census Bureau.

Zu Beginn des Jahres hat sich auch die **realwirtschaftliche Lage** in den USA eingetrübt: Die Produktion ging leicht (um 0,1%) zurück. Rückläufig war die Staatsnachfrage, und der private Konsum wurde nur verhalten ausgeweitet. Die oben angesprochene starke Ausweitung der Importe (um 9,3%) dürfte die Produktion ein Stück weit gedämpft haben, nämlich insoweit die Nachfrage nach heimischen Produkten deshalb zurückgestellt wurde. Ansonsten erhöhten die Importe den Lagerbestand. Auch die US-Anlageinvestitionen expandierten weiter deutlich. In China hat sich die Konjunktur gegenüber den vorigen Quartalen wenig geändert: Mit 1,2% wurde die Produktion weiter deutlich ausgeweitet, wenn auch etwas schwächer als zuletzt. Dabei sind die Exporte die große Stütze der Konjunktur, während die Krise im Immobiliensektor noch nicht ausgestanden ist. Im Euroraum bekam die an sich verhaltene gesamtwirtschaftliche Expansion einen kleinen Schub durch die hohe Nachfrage aus den USA; sie betrug 0,6% (vgl. Abbildung 2).³ Leicht gesunken ist schließlich die Produktion in Japan und Südkorea. Insgesamt hat sich die weltwirtschaftliche Dynamik im ersten Quartal spürbar abgeschwächt.

Abbildung 2
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums

Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IWF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2025 und 2026: Schätzung und Prognose des IWH.

Die **Preisdynamik** hat in den USA wie im Euroraum in den vergangenen Monaten weiter langsam nachgelassen. Dabei haben die Zollerhöhungen in den USA auch im April noch nicht sichtbar auf die Verbraucherpreise durchgeschlagen, was auch an den stark rückläufigen Energiepreisen liegen mag. Jedenfalls ist die Verbraucherpreisinflation zuletzt

³ Besonders stark stiegen mit 14,8% die Warenexporte Irlands. Auch die dortigen Investitionen legten mit 28,5% deutlich zu – wohl infolge der Verlagerung immaterieller Vermögenswerte durch multinationale Unternehmen.

(April) mit 2,3% so niedrig gewesen, wie sie es in den vergangenen vier Jahren nicht war. Im Euroraum lag die Verbraucherpreis-inflation im Mai bei 1,9%. Auch dort dämpfen sinkende Energiepreise die Preisdynamik, wenn auch in geringerem Maß als in den USA. Die niedrigeren Energiepreise gehen auf den kräftigen Rückgang des Erdölpreises im Lauf des Aprils zurück. Seit Sommer 2021 war er für die Sorte Brent stets höher als 70 US-Dollar je Barrel, bisweilen deutlich; im Mai lag er mit 64 US-Dollar 20% unter Vorjahresniveau. Hintergrund ist eine größere Skepsis der Händler bezüglich der Aussichten für die internationale Konjunktur, vor allem hat aber die Ankündigung wichtiger OPEC-Mitgliedsländer, vor allem Saudi-Arabiens, ihre Fördermengen im Sommer deutlich auszuweiten, den Preis gedrückt.

Sowohl für die USA als auch für den Euroraum deutet der Lohnindikator des Jobportals *Indeed* darauf hin, dass die **Lohndynamik** im Frühjahr bei etwa 3% im Jahr lag, einem Wert, der eher in den USA als im Euroraum langfristig mit einer Inflationsrate von 2% vereinbar scheint. Denn die Arbeitsproduktivität wächst westlich des Atlantiks deutlich stärker.

Die Finanzmärkte erwarten für das Jahr 2025 weitere **Leitzinssenkungen** in den USA und im Euroraum, für diesen wird mit einem Schritt auf dann 1,75% (Einlagensatz) gerechnet. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat aber nur noch einen begrenzten Spielraum für weitere Zinssenkungen, auch wegen der anhaltend kräftigen Preisdynamik bei den Dienstleistungen. Der US-Leitzins ist mit 4,5% gegenwärtig recht hoch, es gibt aber gewichtige Gründe gegen eine Senkung schon im Sommer. Denn die Fed dürfte den Eindruck vermeiden wollen, dass sie dem Wunsch des Präsidenten nach einer lockeren Geldpolitik willfährig nachkommt. Zudem ist absehbar, dass die Zollerhöhungen einen Verbraucherpreissprung auslösen werden, der die Inflationserwartungen in den USA entankern und so einen Inflationsschub auslösen könnte. Deshalb ist erst für den Herbst, wenn sich die Effekte der Zollpolitik abzeichnen, mit einer ersten Zinssenkung zu rechnen.

Die **Finanzpolitik** dürfte die Konjunktur in den USA in diesem und im nächsten Jahr spürbar belasten. Es ist damit zu rechnen, dass die umfangreichen Steuererleichterungen, die Ende 2025 auslaufen würden, für permanent erklärt werden, der so genannte „One Beautiful Bill Act“ also im Senat eine Mehrheit findet. Auch wenn das Haushaltsdefizit in der Folge noch einmal deutlich steigt, wird damit lediglich ein kontraktiver Effekt vermieden. Gedämpft wird die Konjunktur durch die kräftigen Zollerhöhungen. Im Euroraum ist die Finanzpolitik in den Jahren 2025 und 2026 in etwa neutral ausgerichtet. Einige Mitgliedsstaaten, so Frankreich und Italien, zwingt ihre schwierige Haushaltslage zu einem behutsamen Konsolidierungskurs, andere Mitglieder nutzen die von der Europäischen Kommission eröffnete Gelegenheit, von den mit ihr verabredeten Ausgabenpfaden nach oben abzuweichen, um ihre Verteidigungsfähigkeit zu stärken. Deutschland wird im Jahr 2026 auch die zivilen öffentlichen Investitionen spürbar ausweiten.

Die **chinesische Wirtschaftspolitik** bleibt derweil bei ihrer Linie, vor allem die Krise des Immobiliensektors durch verschiedene Stützungsmaßnahmen zu begrenzen und dem schwachen privaten Konsum nur vorsichtig Impulse zu geben. So soll die erneute Senkung eines wichtigen Leitzinses (des Reverse Repo Satzes von 1,5% auf 1,4%) im Mai wohl vor allem die Finanzierungsbedingungen von Immobilienunternehmen verbessern.

Wie es mit der internationalen **Konjunktur in diesem und im kommenden Jahr** weitergeht, wird im Wesentlichen vom Fortgang der Handelskonflikte zwischen den USA und dem Rest der Welt abhängen. Dabei dürften im zweiten Quartal die konjunkturellen Bremsspuren noch nicht ausgeprägt sein. So wird die Produktion in den USA gemäß aktuellen Flash-Schätzungen wohl wieder spürbar ausgeweitet. In der zweiten Jahreshälfte 2025 werden die Importnachfrage aus den USA und mit ihr der Welthandel allerdings wohl deutlich zurückgehen. Unter der in dieser Prognose getroffenen Annahme, dass die Handelskonflikte nicht eskalieren, kommt es aber zu keiner Disruption der Lieferketten und in den großen Volkswirtschaften auch zu keiner Rezession. Allerdings steht zu erwarten, dass die Handelskonflikte im Jahr 2025 nicht endgültig beigelegt werden können. Die anhaltende Unsicherheit über die politischen Rahmenbedingungen dürfte vielerorts zu einer spürbaren Abnahme der Investitionstätigkeit führen. Alles in allem steigt die Weltproduktion nach vorliegender Prognose in den Jahren 2025 und 2026 um jeweils 2,3% (vgl. Tabelle A1). Der Welthandel mit Gütern expandiert im Jahr 2025 – trotz protektionistischer US-Handelspolitik – wegen des starken Jahresauftakts noch um 1,3%, die Jahresrate für 2026 beträgt 0,2%. Im Euroraum dürfte die Verbraucherpreis-inflation im Laufe des Jahres 2025 leicht unter der geldpolitischen Zielrate von 2% liegen. In den USA bleibt sie deutlich über 2%.

Risiken für die Weltkonjunktur

Das größte weltwirtschaftliche Risiko besteht gegenwärtig darin, dass die **Handelskonflikte** der USA mit der Europäischen Union und insbesondere mit China weiter eskalieren. Prohibitiv hohe Zölle würden sowohl im Export- als auch im Importland zu einer Rezession führen. Dabei würden wohl nicht erst abreißende Handelsströme zur Krise führen. Stattdessen ist eine Reaktion der Finanzmärkte wie nach dem „Liberation Day“ denkbar, als die Rendite für amerikanische Staatstitel sprunghaft stieg. Denn die umfangreichen Steuersenkungspläne der US-Regierung können nur dann aufgehen, wenn internationale Investoren bereit sind, den zu erwartenden Anstieg der ohnehin schon hohen Staatsschulden zu finanzieren. Voraussetzung dafür ist die Einschätzung, dass die US-Wirtschaft stabil ist und kräftig wächst. Deshalb könnte die Aussicht auf eine Rezession zu Turbulenzen auf den Finanzmärkten führen, die, wenn ihnen nicht rasch begegnet werden könnte, sich zu einer Finanzkrise ausweiten könnten, welche wohl nicht auf die USA beschränkt bliebe.

Darüber hinaus stellen die **geopolitischen Krisenherde** nun schon seit einigen Jahren auch ein permanentes Risiko für die internationale Konjunktur dar. Zu nennen ist vor allem der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, daneben der Nahostkonflikt, aber auch die Bedrohung Taiwans durch die Volksrepublik China.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der hier vorgelegten Prognose liegen folgende Rahmenbedingungen zugrunde: Der **Wechselkurs** des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis zum Ende des Prognosezeitraums bei 1,13 US-Dollar/Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft fällt reichlich einen Prozentpunkt niedriger als im Schnitt des Jahres 2024 aus. Der **Welthandel** (Güter) dürfte im Jahr 2025 um 1,3% und im folgenden Jahr um 0,2% steigen. Ferner wird davon ausgegangen, dass die EZB ihren **Einlagensatz** bis Ende 2025 auf 1,75% senkt und danach konstant hält. Der Preis für Erdöl der Sorte Brent liegt ab Juni 2025 bis Ende 2026 bei 65 US-Dollar.

Was die **Handelskonflikte** betrifft, wird unterstellt, dass es über die Anfang Juni geltenden US-Zollsätze hinaus zu keinen wesentlichen Erhöhungen kommt und dass auch Vergeltungszölle vonseiten der EU ausbleiben. Damit werden deutsche Ausfuhren in die USA im Allgemeinen um 10 Prozentpunkte höher verzollt als im Jahr 2024, bei Autos beträgt der Zollsatz nun 25% und bei Stahl und Aluminium 50%.

Bezüglich der **Finanzpolitik** wird in dieser Prognose angenommen, dass die von CDU, CSU und SPD beschlossenen Maßnahmen im Koalitionsvertrag sowie die Ausweitung der Staatsverschuldung aufgrund der Grundgesetzänderung vom März 2025 für das „Sondervermögen Bundeswehr“ und für öffentliche Infrastrukturinvestitionen („Sondervermögen Infrastruktur“) nach und nach umgesetzt werden. Beide Maßnahmen erfolgen außerhalb der regulären Haushaltsführung und sind von der Schuldenbremse ausgenommen. Die tatsächliche zeitliche Umsetzung der damit verbundenen Ausgaben wird jedoch durch lange Vorlaufzeiten begrenzt und wird erst nach Fertigstellung und Lieferung im Staatskonsum verbucht werden. In dieser Prognose wird daher davon ausgegangen, dass im Jahr 2025 lediglich 1 Mrd. Euro im Rahmen des Sondervermögens für Infrastrukturinvestitionen und 4 Mrd. Euro als Mehrausgaben für Verteidigung ausgegeben werden. Im Jahr 2026 gibt es dann Ausgaben über 10 Mrd. Euro für Infrastruktur und 7 Mrd. Euro für die Verteidigung.

Im Jahr 2025 ist die Finanzpolitik in Deutschland noch restriktiv ausgerichtet. Auf der Einnahmeseite geht dies im Wesentlichen auf den Anstieg des kumulierten Beitragssatzes zu den Sozialversicherungen zurück. So wurde der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte erhöht, und der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung stieg sogar um über einen Prozentpunkt an. Auch das Auslaufen der steuer- und beitragsfreien Inflationsausgleichsprämie zum Ende des Jahres 2024 führt zu spürbaren staatlichen Mehreinnahmen, weil Lohnerhöhungen, die den Wegfall der Prämie kompensieren, abgabenpflichtig sind. Minderausgaben ergeben sich durch diverse Konsolidierungsmaßnahmen des Bundes, etwa beim Elterngeld, und eine Rückführung klimaschutzbezogener Ausgaben. Dem stehen expansiv wirkende diskretionäre Maßnahmen gegenüber, die vom Volumen her jedoch geringer ausfallen. Zu nennen sind hier auf der Einnahmeseite vor allem das Steuerfortentwicklungs- und das Wachstumschancengesetz. Mehrausgaben sind in den Bereichen Landesverteidigung und Verkehr geplant. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten expansiv wirkenden Maßnahmen werden erst teil-

weise im Jahr 2025 wirksam, wie beispielsweise Erleichterungen bei Abschreibungen oder die Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte. Alles in allem ergibt sich ein restriktiver finanzpolitischer Impuls in Höhe von 16 Mrd. Euro bzw. 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A13).

Im Jahr 2026 ist die Finanzpolitik aufgrund der im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen expansiv ausgerichtet. So entlasten die Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen und die Anhebung der Entfernungspauschale die Arbeitnehmer. Ebenso gibt es nochmals einen deutlichen Effekt durch die Erleichterungen bei Abschreibungen, und auch die Absenkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie auf 7% und die Fixierung des Rentenniveaus bei 48% wirken expansiv. Nachfrigestimulierend wirken zudem die Änderungen am Einkommensteuertarif im Rahmen des Steuerfortentwicklungsgesetzes sowie ein weiterer Anstieg der Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur. Nachfragedämpfend wirkt dann erneut die weitere Anhebung der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr. Zudem führt die Einführung der globalen Mindestbesteuerung und der Plastikabgabe zu Mehreinnahmen. Auch ist in dieser Prognose unterstellt, dass sich der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2026 um 0,3 Prozentpunkte und der Pflegeversicherungsbeitragssatz um 0,2 Prozentpunkte erhöhen wird. Insgesamt wird von einem expansiven finanzpolitischen Impuls in Höhe von 32 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ausgegangen.

Deutsche Konjunktur: Belebung durch US-Handelspolitik gefährdet

Die deutsche Wirtschaft produzierte Ende 2024 nicht mehr als fünf Jahre zuvor, im Jahr 2019. Mittlerweile gibt es aber mehr und mehr Anzeichen für eine konjunkturelle Erholung. So hellen sich die Geschäftsaussichten der Unternehmen seit Jahresanfang langsam auf, die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe sind etwas gestiegen, und die Produktion hat **im ersten Quartal 2025** um 0,4% expandiert (vgl. Abbildung A3), das ist die höchste Rate seit zweieinhalb Jahren. Ein Teil des Zuwachses dürfte allerdings einem Sondereffekt geschuldet sein: Dass die Exporte um 3,2% zunahm, nachdem sie die vergangenen zwei Jahre im Trend rückläufig gewesen waren (vgl. Tabelle A5), liegt zu einem Gutteil an der höheren Nachfrage aus den USA, wo Importeure den erwarteten Zollerhöhungen zuvor kommen wollten. Auch der Anstieg der Exporte in europäische Nachbarländer dürfte teilweise über Vorleistungsverflechtungen auf die hohe US-Nachfrage zurückgehen. Neben den Exporten expandierte auch der private Konsum mit 0,5% das erste Mal seit längerer Zeit wieder deutlich. Die im vergangenen Jahr erhöhte Sparquote der privaten Haushalte ist mit 10,4% in etwa wieder auf ihr langjähriges Mittel gesunken. Differenziert ist das Bild bei den Bruttoanlageinvestitionen: Wie schon im Schlussquartal 2024 wurden die öffentlichen Investitionen zu Jahresbeginn 2025 deutlich ausgeweitet. Das gilt auch für den privaten Wohnungsbau, der zuvor lange Zeit geschrumpft war, um insgesamt etwa 15% gegenüber seinem Niveau von 2020. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen sind dagegen gesunken, wie sie es im Trend schon seit zwei Jahren tun.

Das wieder lebhaftere Konsumgeschäft spiegelt sich in einem Anstieg der **Wertschöpfung** bei Handel, Verkehr und Gastgewerbe, der höhere Export in gestiegener Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tabelle A12). In der Beschäftigung hat die Belebung keinen sichtbaren Niederschlag gefunden: Die Zahl der Erwerbstätigen blieb im ersten Quartal praktisch konstant, im Verarbeitenden Gewerbe ging sie weiter zurück, und einen nennenswerten Beschäftigungsaufbau gab es wie schon seit Längerem nur bei den öffentlichen Dienstleistern.

Nach wie vor belasten strukturelle Probleme die deutsche Wirtschaft (Demografie, Energiewende, Strukturwandel in China).⁴ Für den Konjunkturverlauf sind darüber hinaus folgende drei Faktoren von Bedeutung: die geldpolitischen Rahmenbedingungen, die US-Handelspolitik und die deutsche Finanzpolitik. Dabei stützt die **geldpolitische Lockerung** durch die EZB die Konjunktur, insbesondere über günstigere Finanzierungsbedingungen für die Immobilienwirtschaft. Die Hypothekenzinsen sinken langsam, und die Kreditvergabebedingungen der Banken waren zuletzt weniger restriktiv. Seit Anfang des Jahres steigen auch wieder die Baugenehmigungen. Zu einem regelrechten Aufschwung wird es am Bau aber nicht kommen. Dagegen sprechen die nach wie vor zu hohen Kosten insbesondere der Erstellung von Wohnraum. Der Tiefbau profitiert allerdings von höheren öffentlichen Infrastrukturinvestitionen.

⁴ Vgl. dazu *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher*, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025, Essen, 2025, 34 f.

Was aus den **Handelskonflikten** der USA mit ihren Haupthandelspartnern wird, ist nicht vorherzusagen. Wie im Abschnitt über die Rahmenbedingungen erläutert, wird in dieser Prognose unterstellt, dass die US-Zölle in etwa auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben (vgl. Tabelle 1). Unter dieser Annahme kommt es im zweiten und vor allem im dritten Quartal zu einem Rückschlag für den deutschen Export, da die Vorzieheffekte auslaufen und darüber hinaus die US-Importe wegen der gestiegenen Kosten unter denen aus der Zeit vor den Handelskonflikten liegen werden.⁵ Die konjunkturelle Belebung dürfte dadurch deutlich gedämpft, aber nicht abgewürgt werden. Allerdings werden die Unternehmen ihre Investitionen wohl erst dann deutlich ausweiten, wenn mehr Klarheit über die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen herrscht. In der Prognose ist unterstellt, dass dies ab Herbst 2025 der Fall ist.

Wie ebenfalls in den Rahmenbedingungen erläutert, dürfte sich die **finanzpolitische Wende** erst ab dem Jahr 2026 spürbar in der Produktion niederschlagen. Dafür sprechen Erfahrungswerte. So haben von den Käufen militärischer Güter, welche durch die Grundgesetzänderung vom März 2025 ermöglicht wurden, etwa 85% eine Lieferzeit von mindestens zwei Jahren. Als Beispiel dafür, wie lange es dauert, Planungen von Infrastrukturinvestitionen umzusetzen, kann das im Herbst 2017 in Kraft getretene Kommunalinvestitionsförderungsgesetz dienen: nach drei Jahren waren erst 10% der bereitgestellten Mittel abgerufen worden, im Jahr 2024 waren es knapp drei Viertel. Realwirtschaftlich wirksam werden im Jahr 2025 hingegen vor allem die höheren Sozialbeiträge. Sie führen dazu, dass die Nettolöhne

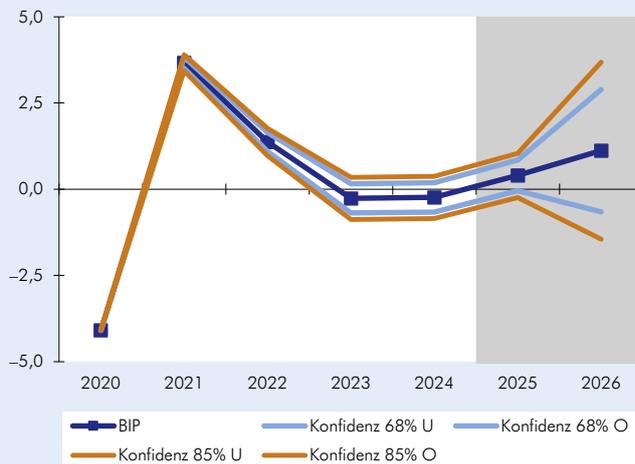
und -gehälter in realer Rechnung lediglich stagnieren und der private Konsum insgesamt in den kommenden Quartalen nur schwach zulegen wird.

Alles in allem legt das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland nach vorliegender Prognose im Jahr 2025 um 0,4% zu; im Jahr 2026 expandiert die Produktion um 1,1% (arbeitstäglich bereinigt um 0,5% und 0,9%, vgl. Tabelle A6). Für das Jahr 2025 reicht das 68%-Prognoseintervall für das Bruttoinlandsprodukt von 0% bis 0,8% und für das Jahr 2026 von -0,7% bis 2,9% (vgl. Abbildung 3).⁶ Nach vorliegender Prognose kommt die deutsche Wirtschaft Ende 2026 wieder auf ihren langfristigen, mittlerweile deutlich abgeflachten Wachstumspfad (vgl. Kasten). Die Verbraucherpreisinflation dürfte im Jahr 2025 bei 2,0% liegen und im Jahr 2026 bei 1,9%. Die Zahl der Erwerbstätigen wird zum Ende des Jahres 2025 leicht steigen und im Laufe des Jahres 2026 demographiebedingt wieder sinken.

Abbildung 3

Prognoseunsicherheit¹

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken – wie der Coronakrise – ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Das **gesamtstaatliche Haushaltsdefizit** dürfte, ausgehend von 2,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024, im gesamten Prognosezeitraum hoch bleiben. Im Jahr 2025 wird das Defizit zunächst geringfügig zurückgehen, auf 2,2%. Dazu trägt die restriktive Finanzpolitik bei. So sind der Beitragssatz zur Pflegeversicherung und der Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Jahresbeginn gestiegen, und die steuer- und beitragsfreie Inflationsausgleichsprämie ist ausgelaufen. Auf der Ausgabeseite dürfte die vorläufige Haushaltsführung in der ersten Jahreshälfte mit Minderausgaben einhergehen. Die monetären Transfers werden langsamer ausgeweitet als im vergangenen Jahr. Zwar nimmt die Zahl der Arbeitslosen weiter zu, die Rentenanpassung zum 1. Juli 2025 fällt aber geringer aus als noch im Jahr zuvor. Im Jahr 2026 dürfte das Haushaltsdefizit des Staates wieder steigen. Zwar ziehen dann die Unternehmens- und Vermögenseinkommen an, die Bruttolöhne und -gehälter entwickeln sich jedoch schwächer als

⁵ Die Wertschöpfung, welche direkt oder über Drittländer in US-Importe fließt, wird von der OECD für Deutschland auf knapp 2½% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt geschätzt, vgl. *OECD Economic Outlook 2025/1*, 19.

⁶ Zur Berechnung werden die Prognosefehler für den Zuwachs des IWH aus der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

zuvor, und die Finanzpolitik ist nun expansiv ausgerichtet. Bei den Steuereinnahmen wirkt das Steuerfortentwicklungsgesetz nochmals entlastend, und der Beitragssatz zu den Sozialversicherungen wird nicht so stark steigen wie im laufenden Jahr. Auf der Ausgabeseite dürften Investitionen in die Landesverteidigung und in die Verkehrsinfrastruktur allmählich ausgeweitet werden. Alles in allem expandieren die Einnahmen des Staates im Jahr 2026 um 3,3%, die Ausgaben hingegen um 4,8%. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich dann auf –3,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Das strukturelle Defizit sinkt von 2,0% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 auf 1,5% im Jahr 2025. Im Jahr 2026 nimmt es auf 2,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu. Der strukturelle Primärsaldo erhöht sich im laufenden Jahr mit der restriktiv ausgerichteten Finanzpolitik um 0,6 Prozentpunkte auf –0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Im kommenden Jahr liegt er bei –1,2% (vgl. Tabelle 2). Der Schuldenstand erhöht sich von 62,5% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2024 auf 64,0% im Jahr 2026. In der mittleren Frist wird die Schuldenstandsquote deutlich steigen, sofern die geplanten Mehrausgaben für Verteidigung und Infrastruktur schuldenfinanziert umgesetzt werden.

Tabelle 2**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Milliarden Euro

	2023	2024	2025	2026
gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	–103,8	–115,6	–99,6	–135,8
– Konjunkturkomponente ¹	–12,6	–28,3	–31,3	–21,2
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	–91,2	–87,4	–68,4	–114,7
– Einmaleffekte ²	0,0	0,0	0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	–91,2	–87,4	–68,4	–114,7
+ Zinsausgaben des Staates	36,6	46,1	54,5	60,3
= Struktureller Primärsaldo	–54,6	–41,3	–13,8	–54,4
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	11,6	13,3	27,4	–40,5
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %</i>			
struktureller Finanzierungssaldo	–2,2	–2,0	–1,5	–2,5
struktureller Primärsaldo	–1,3	–1,0	–0,3	–1,2
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,2	0,3	0,6	–0,9

¹ Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ² laut AMECO-Datenbank.

Quellen: Statistisches Bundesamt; AMECO, Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Ein erhebliches **Risiko** für die deutsche Konjunktur liegt in einer möglichen Eskalation der US-Handelskonflikte. So wurde die Anfang April angekündigte Erhöhung der US-Zölle auf EU-Waren lediglich für einen engen Zeitraum bis Juli reduziert (von 20 auf 10 Prozentpunkte), um Gelegenheit für das Aushandeln eines „Deals“ zu schaffen. Mitten in die Verhandlungen platzte aber Ende Mai die Entscheidung, US-Zölle auf Stahl und Aluminium kurzfristig von 25 auf 50% anzuheben. Aber auch der Konflikt der USA mit China birgt erhebliche Risiken für die deutsche Wirtschaft. So zeigt China aktuell aller Welt sein Drohpotenzial, das sich aus seiner starken Marktmacht, und teilweise seiner Monopolstellung als Produzent seltener Erden ergibt: Schleppende Lizenzvergaben für Ausfuhren seltener Erden haben auch in Deutschland zu einem Mangel geführt, der die Produktion in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes bedroht. Grundsätzlich verlangt der wirtschaftliche Antagonismus zwischen den USA und China der deutschen Industrie einen besonderen Spagat ab, denn sie ist mit Produzenten in beiden Wirtschaftsräumen eng verflochten.

Kasten**Zur Schätzung des Produktionspotenzials**

Zur Bestimmung des Produktionspotenzials verwendet das IWH die Methode, die von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Darüber hinaus berechnet das IWH das Produktionspotenzial auch mit der von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose verwendeten modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der die Fortschreibungsmodelle an die empirischen Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden. Unter Anwendung dieser Methode ergibt sich für den Projektionszeitraum bis zum Jahr 2029 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von 0,2% (vgl. Tabelle K1).

Tabelle K1**Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU- und nach modifizierter EU-Methode**Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996 – 2024 ²	EU-Methode		modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1996 – 2024	2024 – 2029	1996 – 2024	2024 – 2029
Produktionspotenzial	1,2	1,2	0,6	1,2	0,2
Kapitalstock	1,5 (0,5)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)	1,5 (0,5)	0,9 (0,3)
TFP	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,4 (0,4)	0,6 (0,6)	0,2 (0,2)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	-0,2 (-0,2)	0,2 (0,1)	-0,4 (-0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	-0,2	0,0	-0,2
Partizipationsquote	0,5	0,4	0,3	0,4	0,0
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	-0,1	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,5	-0,2	-0,4	-0,3
<i>nachrichtlich:</i>					
Arbeitsproduktivität	1,0	1,0	0,8	1,0	0,7

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die Konjunkturbereinigung der öffentlichen Finanzierungssalden erfolgt nach dem EU-Verfahren, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten. Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,6% eine leicht höhere jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials was im Wesentlichen aus einer höheren projizierten Partizipationsquote resultiert.

Die Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung orientiert sich an der Variante W2-G2-L2 der 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder von Anfang Dezember 2022, die auf moderaten Annahmen zu Wanderung, Geburtenhäufigkeit und Anstieg der Lebenserwartung beruht. In der vorliegenden Projektion wurde diese mit dem tatsächlichen Bevölkerungsstand Ende 2023 fortgeschrieben. Ab dem Jahr 2024 wurden die aktuellen Wanderungsdaten berücksichtigt. Der Wanderungssaldo betrug im vergangenen Jahr etwa 420 000 Personen, wovon etwa 120 000 auf die Nettozuwanderung aus der Ukraine entfielen. Es wird angenommen, dass diese im laufenden und kommenden Jahr auf insgesamt 90 000 Personen zurückgeht. Die verbleibende Zuwanderung geht entsprechend dem in der Bevölkerungsvorausberechnung unterstellten kontinuierlichen Rückgang des Wanderungssaldos auf 250 000 Personen im Jahr 2033 zurück.

Unter Berücksichtigung der genannten Annahmen wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 74 Jahre) beginnend mit dem Jahr 2025 im Zuge der Alterung allmählich sinken. Bis zum Ende des Projektionszeitraum im Jahr 2029 beträgt der Rückgang knapp 700 000. Dabei wird die Partizipation, die aufgrund der zunächst niedrigeren Beteiligung ukrainischer Flüchtlinge leicht zurückgegangen ist, etwas zunehmen und danach leicht sinken. Die trendmäßige Partizipationsquote bleibt über den gesamten Projektionszeitraum weitestgehend konstant und beträgt an dessen Ende 76,1%.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote (SELO) berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, leitet sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen ab, welche mittels Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche SELO betrug im Jahr 2024 demnach 3,2%. Sie dürfte aufgrund sinkender Erwerbslosenquoten der Geflüchteten bis 2029 auf 3,0% sinken.

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer dürfte gegen Ende der kurzen Frist in etwa ihrem trendmäßigen Wert entsprechen. Ab dem Jahr 2027 wird sie mit Hilfe eines Zeitreihenmodells fortgeschrieben, wobei die außerordentlich niedrige Arbeitszeit im Jahr 2020 als Sondereffekt berücksichtigt wird. Die trendmäßige Arbeitszeit geht im Projektionszeitraum weiter zurück, jedoch weniger stark als in den Jahren zuvor. Über den gesamten Zeitraum sinkt die im Jahr geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen um 21 Stunden.

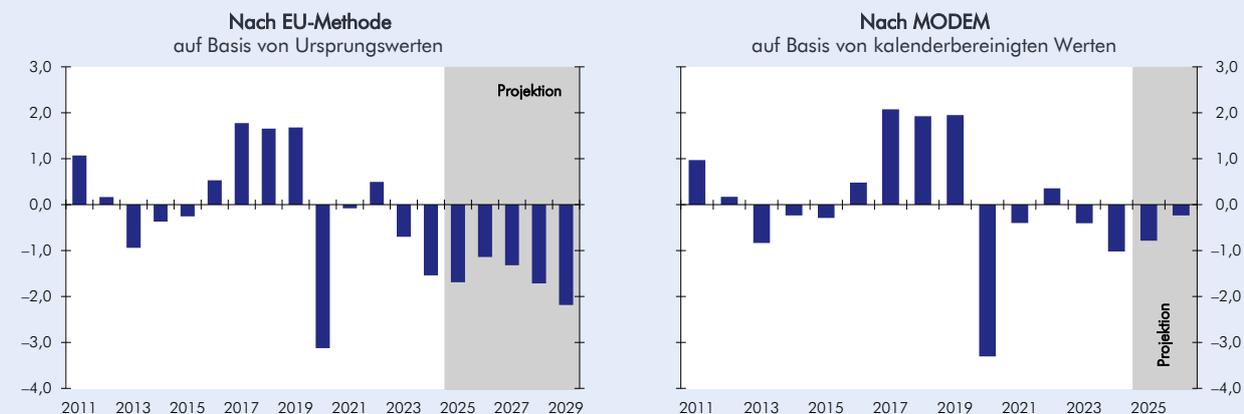
Alles in allem begann das potenzielle Arbeitsvolumen bereits im vergangenen Jahr leicht zu sinken, infolge der zuvor höheren Nettozuwanderung zunächst etwas weniger schnell. Zum Ende der mittleren Frist dämpfen bis auf die leicht sinkende strukturelle Erwerbslosenquote alle Faktoren. Über den gesamten Projektionszeitraum sinkt das potenzielle Arbeitsvolumen um jahresdurchschnittlich 0,4% und dämpft das Potenzialwachstum um durchschnittlich 0,3 Prozentpunkte pro Jahr.

Der Kapitalstock, der auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote fortgeschrieben wird, wird der Projektion zufolge um durchschnittlich 0,9% pro Jahr ausgeweitet werden und damit 0,3 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen. Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen TFP wird im Projektionszeitraum 0,2% betragen und 0,2 Prozentpunkte zum Potenzialwachstum beitragen.

Abbildung K1

Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode

In Relation zum Produktionspotenzial in %



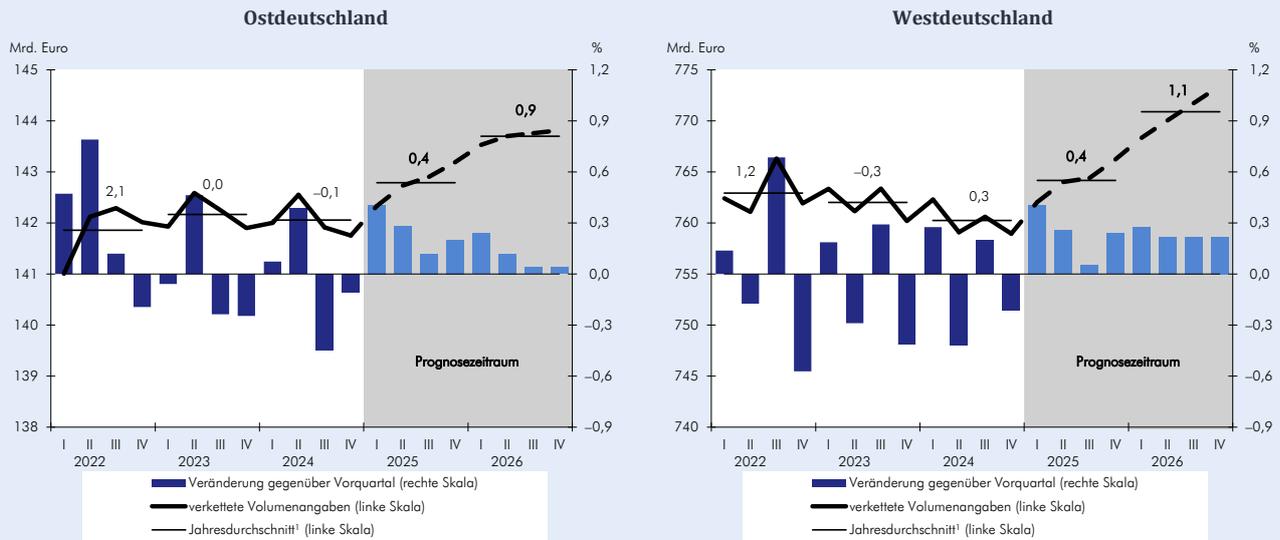
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandsproduktes ergab sich für das Jahr 2024 eine Produktionslücke von -1,0%, die sich im laufenden und kommenden Jahr auf -0,8% bzw. -0,2 verringert (vgl. Abbildung K1).

In **Ostdeutschland** ist die konjunkturelle Lage in etwa so wie in Deutschland insgesamt, auch wenn die ostdeutschen Unternehmen nach dem ifo Geschäftsklimaindex ihre Lage zuletzt ein wenig günstiger beurteilten als im Westen. Die Wachstumsdynamik dürfte sich zwischen Ost und West kaum unterscheiden. Nachdem die amtliche Statistik im März das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands für die vergangenen Jahre nach unten korrigiert hat, zeigt sich, dass die ostdeutsche Wirtschaft in den vergangenen 10 Jahren nur deshalb etwas schneller gewachsen ist als die deutsche

insgesamt, weil in Berlin die Dienstleistungen stark zulegen.⁷ Insgesamt steht einem im Osten höheren Produktivitätswachstum ein demografisch bedingter Schwund an Arbeitskräften gegenüber. So lag die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zuletzt (März) in Ostdeutschland um 0,3% unter Vorjahresniveau, während sie im Westen um 0,3% darüber lag. Im Jahr 2025 dürfte die Produktion in Ostdeutschland ebenso wie in Deutschland insgesamt um 0,4% zulegen (vgl. Abbildung 4). Im Jahr 2026 wird die Expansion mit 0,9% wohl etwas geringer ausfallen als im Westen. Die Arbeitslosenquote dürfte in den Jahren 2025 und 2026 mit 7,8% bzw. 7,7% etwas höher liegen als im Jahr 2024 (7,5%).

Abbildung 4
Das reale Bruttoinlandsprodukt in Ost- und Westdeutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Statistisches Bundesamt; [Berechnungen](#) und Prognose des IWH.

⁷ Vgl. dazu auch *Holtemöller, O.*: In Ostdeutschland ist die Wirtschaft wie im Westen in der Krise. Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft, IWH Pressemitteilung 14/2025.

Anhang

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Europa	28,1	1,1	1,4	1,4	1,4	8,1	5,3	3,8	2,9				
EU 27	19,7	0,7	1,0	1,4	1,3	6,0	2,5	2,0	1,8	6,0	5,9	5,7	5,6
Großbritannien	3,6	0,4	1,1	1,3	1,1	7,3	2,5	3,1	2,5	4,0	4,3	4,5	4,6
Schweiz	0,9	0,7	1,3	1,5	1,4	2,1	1,1	0,4	0,6	4,0	4,3	4,5	4,4
Norwegen	0,5	0,2	2,1	0,1	2,1	5,5	3,2	2,9	2,3	3,6	4,0	4,2	4,0
Russland	2,2	4,1	4,3	1,0	1,0	5,9	8,4	8,0	5,5				
Türkei	1,2	5,1	3,2	3,0	3,4	53,9	58,5	30,0	18,0				
Amerika	37,6	2,7	2,6	1,6	1,6								
USA	29,4	2,9	2,8	1,5	1,6	4,1	2,9	3,2	2,8	3,6	4,0	4,3	4,6
Kanada	2,3	1,5	1,5	1,0	0,9	3,9	2,4	2,2	2,1	5,4	6,4	7,1	7,5
Lateinamerika ³	5,9	2,2	2,0	2,0	2,0								
Asien	34,3	4,8	4,2	3,9	3,8								
Japan	4,5	1,4	0,2	0,8	0,8	3,3	2,7	2,8	1,9	2,6	2,5	2,5	2,5
China ohne Hongkong	19,4	5,4	5,0	4,6	4,3								
Südkorea	1,9	1,4	2,1	0,5	2,1	3,6	2,3	2,0	2,0	2,7	2,8	2,9	2,9
Indien	3,9	9,2	6,2	6,6	6,4								
Ostasien ohne China ⁴	4,6	3,4	4,3	3,5	3,4								
Insgesamt ⁵	100,0	3,0	2,8	2,3	2,3								
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,6	1,8	1,9	1,4	1,4	4,8	2,7	2,7	2,3	4,5	4,6	4,6	4,7
Schwellenländer ⁷	35,4	5,1	4,5	4,1	3,9								
<i>nachrichtlich:</i>													
Exportgewichte ⁸	–	1,6	1,9	1,7	1,9								
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁹	–	3,6	3,3	2,8	2,8								
Welthandel ¹⁰	–	–0,8	2,5	1,3	0,2								

¹ Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2023.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2023.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2024 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; ILO; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

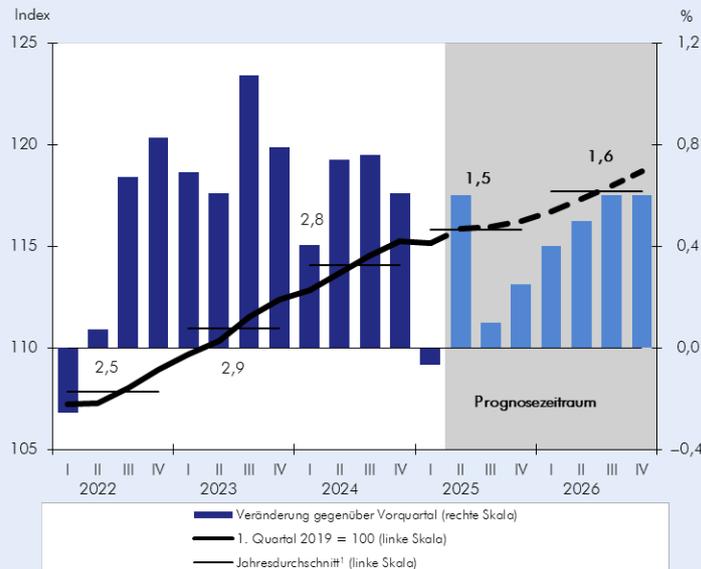
Tabelle A2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,8	1,5	1,6
privater Konsum	2,5	2,8	1,8	1,6
Staatskonsum und -investitionen	3,9	3,4	1,4	1,6
private Anlageinvestitionen	0,1	4,0	3,1	2,4
Vorratsveränderungen ¹	-0,4	0,1	0,0	-0,1
inländische Verwendung	2,3	3,1	2,1	1,7
Exporte	2,8	3,3	2,3	2,4
Importe	-1,2	5,3	4,9	1,9
Außenbeitrag ¹	0,5	-0,5	-0,5	0,0
Verbraucherpreise	4,1	3,0	3,2	2,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ²	-7,5	-7,4	-7,6	-8,0
Leistungsbilanzsaldo	-3,3	-3,9	-4,2	-3,7
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,6	4,0	4,3	4,6

¹ Wachstumsbeitrag. – ² Gesamtstaat.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Bureau of Labor Statistics; IWF; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A1
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

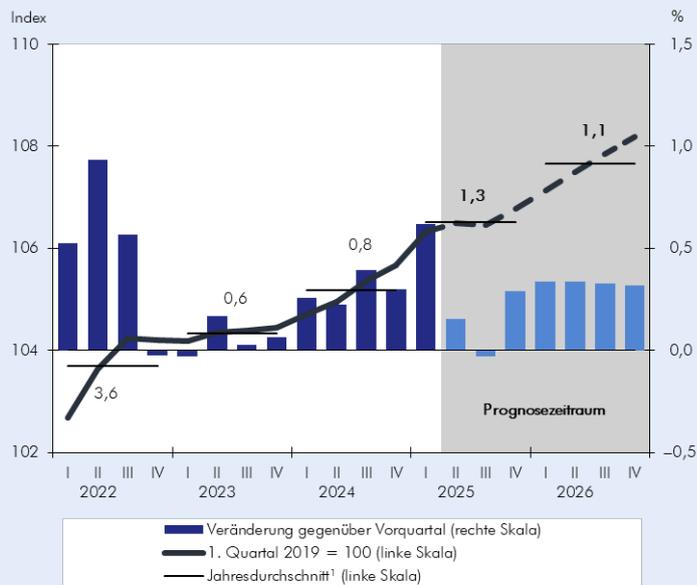
Tabelle A3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2023	2024	2025	2026
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
reales Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,9	1,3	1,1
privater Konsum	0,5	1,0	1,3	1,4
öffentlicher Konsum	1,5	2,5	1,5	1,5
Bruttoanlageinvestitionen	1,6	-1,7	3,3	1,9
inländische Verwendung	0,1	0,4	1,8	1,5
Exporte ¹	-0,7	1,1	1,2	3,0
Importe ¹	-1,5	0,2	2,3	3,0
Außenbeitrag ²	0,4	0,5	-0,4	-0,4
Verbraucherpreise ³	5,4	2,4	1,9	1,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Budgetsaldo ⁴	-3,5	-3,1	-3,2	-3,6
Leistungsbilanzsaldo	1,6	2,7	2,8	3,0
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,6	6,4	6,2	6,1

¹ Einschließlich Intrahandel. – ² Wachstumsbeitrag. – ³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴ Gesamtstaatlich. – ⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission, Berechnungen des IWH; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Abbildung A2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A4**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
Deutschland	24,3	-0,1	-0,2	0,5	0,9	6,1	2,5	2,1	1,9	3,1	3,4	3,5	3,5
Frankreich	16,4	1,6	1,1	0,6	1,2	5,7	2,3	0,7	1,4	7,4	7,4	7,3	7,4
Italien	12,4	0,8	0,5	0,6	0,8	6,0	1,1	1,7	1,7	7,7	6,5	6,0	5,9
Spanien	8,7	2,7	3,2	2,5	1,8	3,4	2,9	1,9	1,7	12,2	11,4	10,6	10,2
Niederlande	6,2	0,1	1,0	1,3	1,2	4,2	3,2	3,1	2,2	3,5	3,7	3,8	3,8
Belgien	3,5	1,2	1,0	1,0	1,0	2,3	4,3	2,8	1,7	5,5	5,7	6,0	5,7
Irland	3,0	-5,7	1,3	11,0	-1,7	5,2	1,3	1,7	1,6	4,3	4,3	4,1	4,2
Österreich	2,8	-0,9	-1,1	0,0	1,2	7,8	2,9	3,3	2,0	5,1	5,2	5,4	5,3
Finnland	1,6	-0,9	-0,1	0,6	1,3	4,4	1,0	1,6	1,5	7,2	8,4	9,1	8,8
Portugal	1,6	2,6	1,9	1,5	2,0	5,3	2,7	1,5	1,8	6,6	6,5	6,3	6,0
Griechenland	1,3	2,3	2,3	1,7	2,0	4,2	3,0	2,3	1,7	11,1	10,1	9,2	9,0
Slowakei	0,7	2,2	2,1	1,1	1,5	11,1	3,1	3,3	2,2	5,9	5,3	5,2	5,6
Luxemburg	0,5	-0,7	1,0	0,2	2,1	3,0	2,3	1,7	1,7	5,2	6,3	6,4	6,3
Kroatien	0,5	3,3	3,9	2,6	2,8	8,5	4,0	3,7	2,4	6,1	5,1	4,3	4,2
Litauen	0,4	0,4	2,7	3,3	3,2	9,0	0,9	2,8	2,0	6,9	7,1	6,4	6,1
Slowenien	0,4	2,3	1,5	0,1	2,7	7,3	2,0	2,5	2,1	3,7	3,7	3,4	3,6
Lettland	0,2	2,2	-0,4	0,6	2,0	9,5	1,4	3,0	1,9	6,5	6,9	6,7	6,6
Estland	0,2	-3,1	-0,3	0,9	2,5	9,4	3,8	4,3	2,6	6,4	7,6	8,4	7,6
Zypern	0,2	2,8	3,4	3,2	2,6	4,0	2,3	2,1	2,0	5,8	4,9	4,6	4,4
Malta	0,1	6,8	5,9	3,8	3,7	5,6	2,5	2,4	2,1	3,5	3,1	3,0	2,8
Euroraum insgesamt	84,9	0,6	0,8	1,3	1,1	5,5	2,4	1,9	1,8	6,6	6,4	6,2	6,1
Euroraum ohne Deutschland	60,6	0,9	1,2	1,5	1,2	5,2	2,3	1,8	1,7	7,8	7,4	7,1	7,0
Polen	4,4	0,1	2,9	3,3	3,1	11,0	3,7	3,4	2,5	2,8	2,9	2,8	2,7
Schweden	3,1	0,0	1,0	0,9	1,9	6,0	2,0	2,3	1,8	7,7	8,4	8,9	8,6
Dänemark	2,2	2,5	3,7	2,1	2,0	3,4	1,3	1,4	1,7	5,1	6,2	5,9	5,1
Rumänien	1,9	2,4	0,8	1,4	2,1	9,8	5,9	4,7	3,4	5,6	5,4	5,5	5,4
Tschechien	1,8	0,1	1,0	2,2	1,9	12,1	2,7	2,1	2,0	2,6	2,8	2,5	2,5
Ungarn	1,2	-0,7	0,5	0,6	2,3	17,5	3,7	3,9	3,2	4,1	4,4	4,3	4,2
Bulgarien	0,6	2,0	2,7	2,8	2,1	8,7	2,6	3,5	2,0	4,3	4,2	3,8	3,6
EU 27 ⁴	100,0	0,7	1,0	1,4	1,3	6,0	2,5	2,0	1,8	6,0	5,9	5,7	5,6
MOE-Länder ⁵	12,2	0,8	1,9	2,2	2,5	11,2	3,6	3,4	2,5	4,0	4,0	3,9	3,8

¹ Die Zuwachsraten sind um Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2023 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2023.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn, Bulgarien.

Quellen: Eurostat; IWF; ILO; Berechnungen des IWH; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A5**Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung¹**

Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2024					2025				2026			
	I	II	III	IV		I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	-0,1	0,1	0,3	0,2	0,5	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	
öffentlicher Konsum	0,5	1,5	1,2	0,4	-0,3	-0,1	0,6	0,5	0,3	0,3	0,4	0,4	
Bauten	0,5	-1,8	-0,3	0,8	0,5	0,2	0,3	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	
Ausrüstungen	-0,9	-3,2	-1,1	0,2	0,7	-0,2	0,3	0,5	0,7	0,9	1,1	1,3	
sonstige Anlagen	1,0	0,5	0,7	0,2	2,0	0,6	0,5	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	
Vorratsinvestitionen ²	0,0	0,0	0,9	0,5	-0,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	
inländische Verwendung	0,2	0,0	1,3	0,9	-0,5	0,2	0,4	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	
Außenbeitrag ²	0,1	-0,3	-1,1	-1,1	0,9	0,1	-0,4	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	
Exporte	0,1	1,8	-2,6	-3,1	3,2	-0,1	-1,6	0,2	0,4	0,4	0,4	0,4	
Importe	-0,3	2,8	-0,1	-0,7	1,1	-0,4	-0,7	0,3	0,6	0,7	0,8	0,8	
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,4	0,3	0,1	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Tabelle A6**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

In % bzw. Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
statistischer Überhang ¹	-0,1	-0,2	-0,2	0,3
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	-0,2	1,0	0,9
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	-0,1	-0,2	0,5	0,9
Kalendereffekt ³	-0,2	0,0	-0,1	0,3
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ⁴	-0,3	-0,2	0,4	1,1

¹ Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ² Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ³ In % des realen BIP. – ⁴ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A7**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts¹**

In Prozentpunkten

	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben	-0,2	0,8	0,9	0,9
private Konsumausgaben	-0,2	0,1	0,6	0,5
Konsumausgaben des Staates	0,0	0,7	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	-0,6	0,2	0,6
Bauten	-0,4	-0,4	0,1	0,3
Ausrüstungen	-0,1	-0,4	0,0	0,2
sonstige Anlagen	0,2	0,2	0,1	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,1	0,0	0,0
inländische Verwendung	-0,4	0,3	1,0	1,5
Außenbeitrag	0,1	-0,5	-0,6	-0,4
Exporte	-0,1	-0,8	-0,4	0,4
Importe	0,3	0,3	-0,2	-0,7
Bruttoinlandsprodukt	-0,3	-0,2	0,4	1,1

¹ Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A8**Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Deutschland 2024 und 2025**

	2024	2025 ¹	Veränderung in	
			1 000 Personen	%
Arbeitnehmer (Inland)	42 307	42 385	78	0,2
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	34 934	35 008	74	0,2
Geförderte ²	77	60	-17	-22,0
nicht geförderte	34 857	34 948	91	0,3
ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte	4 180	4 141	-40	-0,9
sonstige	3 193	3 237	44	1,4
Selbstständige einschließlich mithelfender Familienangehöriger	3 774	3 716	-58	-1,5
geförderte Selbstständigkeit	2	1	-1	-30,0
nicht geförderte Selbstständigkeit	3 772	3 715	-57	-1,5
Erwerbstätige (Inland)	46 081	46 101	20	0,0
staatlich subventionierte Erwerbstätige	334	344	10	2,9
geförderte Erwerbstätige ³	79	62	-18	-22,2
Kurzarbeit	255	282	27	10,7
ungeförderte Erwerbstätigkeit	45 747	45 758	11	0,0
<i>nachrichtlich:</i> Anteil der staatlich subventionierten Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen (Inland) in %	0,7	0,7		

¹ Prognose des IWH. – ² Eingliederungszuschüsse (einschl. für Schwerbehinderte); Einstiegsgeld bei abhängiger SV-pflichtiger Erwerbstätigkeit; Beschäftigungszuschuss; ESF Bundesprogramm zur Eingliederung langzeitarbeitsloser Leistungsberechtigter; Eingliederung von Langzeitarbeitslosen (§16 e SGB II); Teilhabe am Arbeitsmarkt; Förderung von Arbeitsverhältnissen. – ³ Geförderte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie geförderte Selbstständige.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen bzw. Schätzungen des IWH.

Tabelle A9**Indikatoren zur Außenwirtschaft**

	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, real	-0,3	-1,8	-1,0	0,9
Importe, real	-0,6	-0,7	0,5	2,0
	% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Exporte, nominal	43,4	41,8	40,6	40,3
Importe, nominal	39,4	37,9	37,4	37,4
	Außenbeitrag			
Mrd. Euro, nominal	167,7	169,0	144,2	129,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A10**Reale Anlageinvestitionen in Deutschland**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
Anlageinvestitionen insgesamt	-1,2	-2,7	0,9	2,9
Bauinvestitionen insgesamt	-3,4	-3,2	0,7	2,4
Wohnbauten	-4,1	-5,0	0,5	2,2
Nichtwohnbauten insgesamt	-2,3	-0,3	1,1	2,6
gewerbliche Bauten	-4,1	-2,9	1,0	2,4
öffentliche Bauten	0,8	3,9	1,4	3,0
Ausrüstungen	-0,8	-5,4	-0,6	3,7
sonstige Anlagen	4,7	3,9	3,6	3,1

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A11:
Verfügbares Einkommen und Konsumausgaben der privaten Haushalte¹ in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026
verfügbares Einkommen, nominal	6,9	4,0	2,8	2,7
<i>darunter:</i>				
Nettolöhne und -gehälter (Summe)	9,5	6,0	2,5	2,3
monetäre Sozialleistungen	6,1	6,4	5,7	4,6
Selbständigen-, Vermögenseinkommen	3,5	-1,3	1,4	2,5
Sparen	8,1	12,6	-3,2	1,4
private Konsumausgaben, nominal	6,3	2,9	3,5	2,8
<i>nachrichtlich:</i>				
Bruttolöhne und -gehälter (Summe)	7,4	5,8	3,6	2,7
Sparquote (in %)	10,4	11,3	10,6	10,5
Preisindex des privaten Konsums	6,7	2,7	2,4	1,8
private Konsumausgaben, real	-0,4	0,2	1,1	1,0

¹ Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A12
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

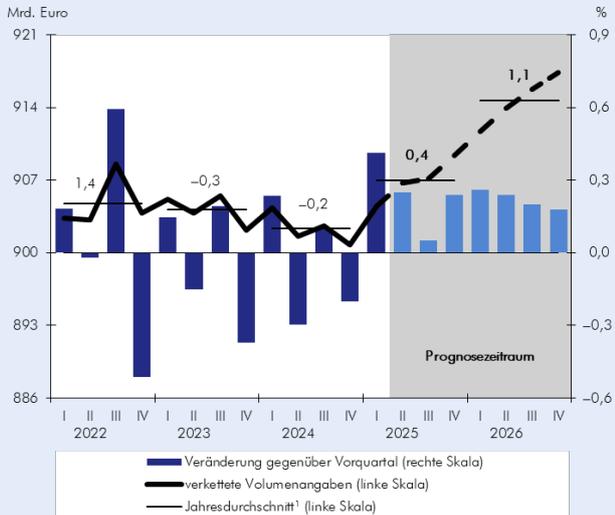
Veränderungsrate gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025			
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,2	-0,3	0,1	-0,2	0,4	0,3	0,1	0,2
<i>darunter</i>								
Bruttowertschöpfung	-0,5	-0,3	-0,4	-0,3	0,6	0,3	0,1	0,2
<i>darunter</i>								
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-3,8	-0,4	-1,7	-0,8	1,5	0,1	-0,3	0,1
Verarbeitendes Gewerbe	-0,7	-0,6	-1,3	-0,3	1,0	0,2	-0,3	0,1
Energie- und Wasserversorgung	-20,7	0,4	-3,7	-3,2	4,7	-0,3	-0,2	0,2
Baugewerbe	0,6	-2,8	-1,0	-0,1	0,9	0,7	0,2	0,2
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	0,4	-0,7	-0,1	0,6	1,1	0,3	0,1	0,4
Information und Kommunikation	2,1	-0,2	-0,6	-0,3	1,7	0,5	0,2	0,4
Finanz- und Versicherungsdienstleister	1,1	-0,5	-1,0	-1,6	-0,8	-0,2	-0,2	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,6	0,1	-0,5	-0,4	0,2	0,3	0,3	0,3
Unternehmensdienstleister	-0,2	0,2	-0,7	-0,3	0,0	0,3	0,1	0,4
öffentliche Dienstleister	0,7	0,3	1,5	0,0	-0,2	0,4	0,2	0,3
sonstige Dienstleister	0,8	0,0	0,5	-0,3	-0,3	0,0	0,2	0,2

¹ Verkettete Volumina, saison- und kalenderbereinigt.

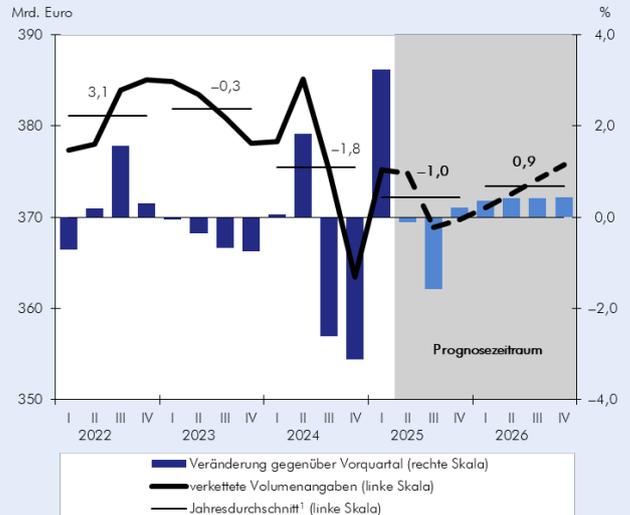
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A3
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



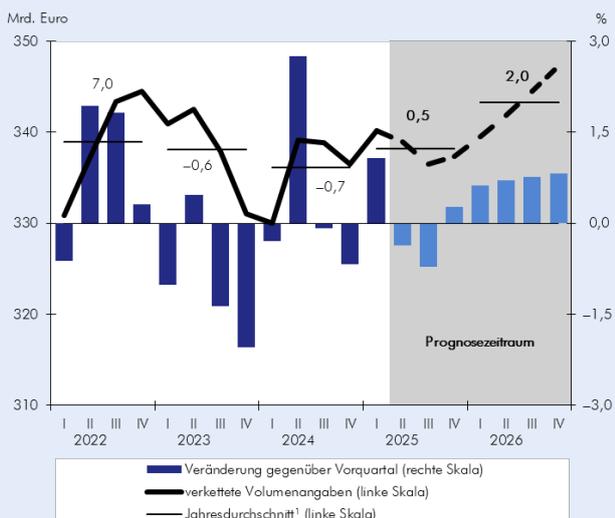
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A4
Reale Exporte
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



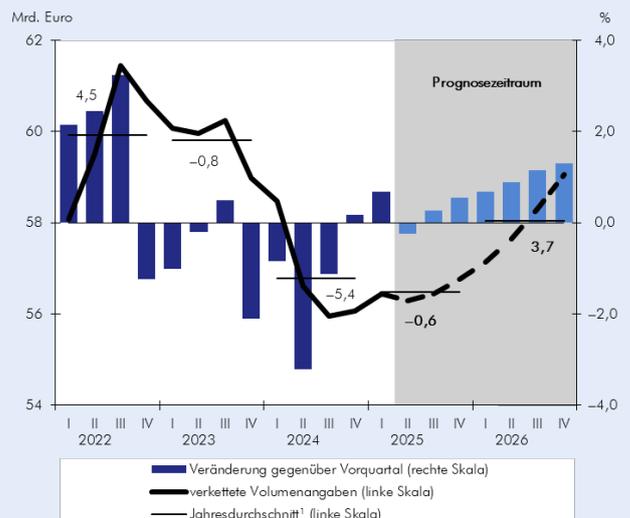
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A5
Reale Importe
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



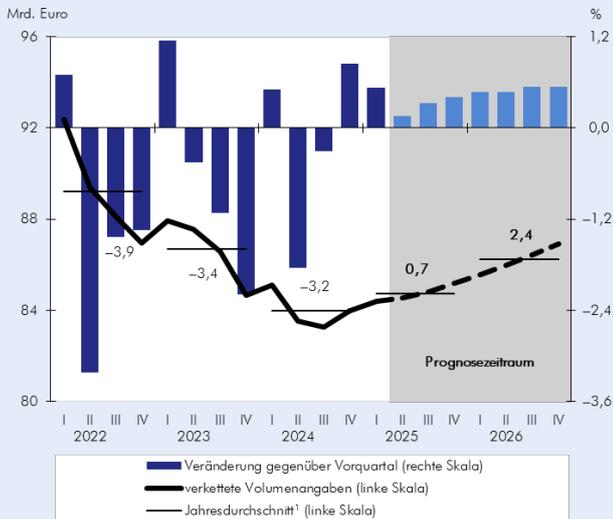
¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A6
Reale Investitionen in Ausrüstungen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

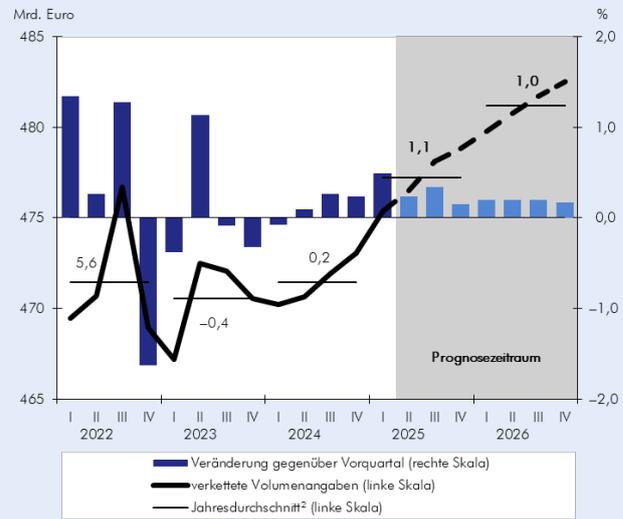
Abbildung A7
Reale Bauinvestitionen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

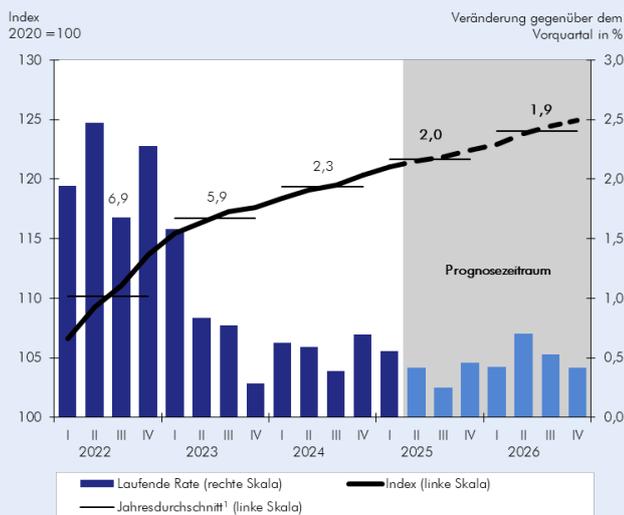
Abbildung A8
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

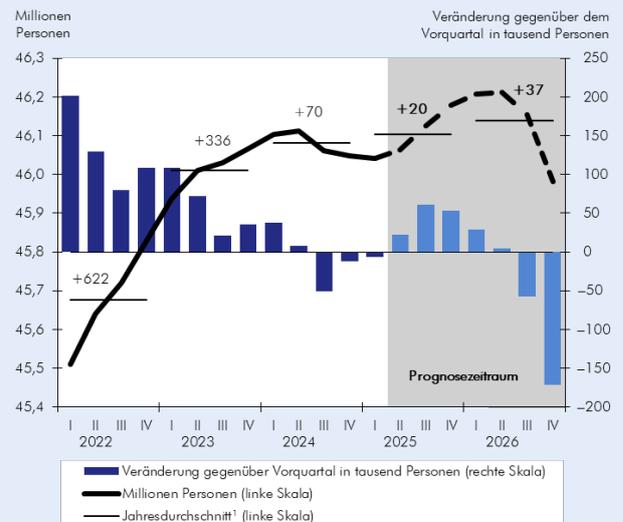
Abbildung A9
Verbraucherpreise in Deutschland
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

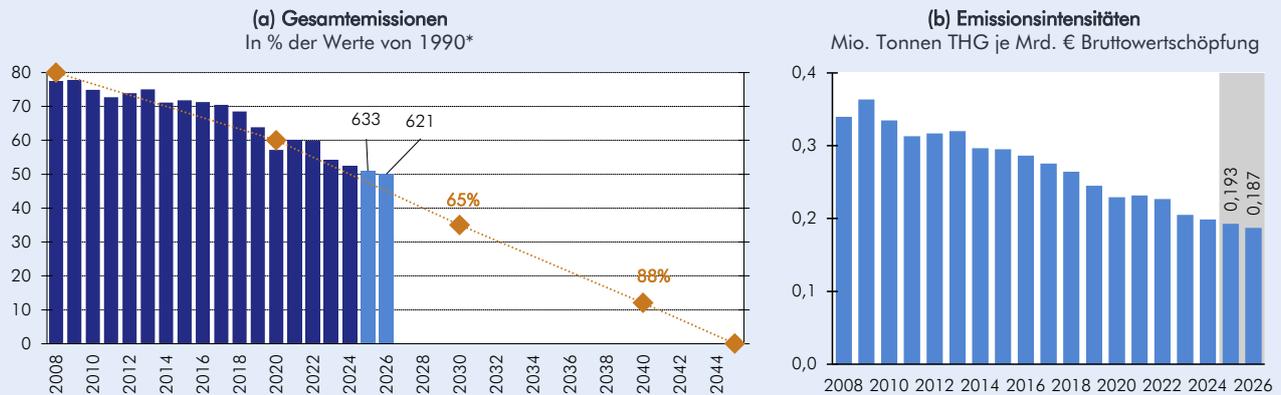
Abbildung A10
Erwerbstätige
 Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH; ab 2. Quartal 2025: Prognose des IWH.

Abbildung A11
Jährliche Treibhausgas-Emissionen 2008 bis 2026



Anmerkung: Prognose der Treibhausgasemissionen auf Basis der Wertschöpfung und der jeweiligen Emissionsintensitäten in den Wirtschaftsbereichen, vgl. dazu *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Preisschock gefährdet Erholung der deutschen Wirtschaft*, in: *Konjunktur aktuell*, Jg. 10 (1), 2022, 14.

*Aktuelle (dunkelblaue Balken) und erwartete (hellblaue Balken) Treibhausgasemissionen als Prozentsatz der Werte von 1990 (Zahlenangaben: Mill. Tonnen, CO₂-äquivalent); die braunen Punkte stellen eine 20%-Reduzierung im Jahr 2008 gegenüber 1990 da (Kyoto-Protokoll-Ziel) sowie die Referenzwerte gemäß Klimaschutzgesetz (KSG), §3 Nationale Klimaschutzziele.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Klimaschutzgesetz (2021) der Bundesregierung; Umweltbundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Tabelle A13**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2025	2026
Einnahmen der Gebietskörperschaften		
Zukunftsfinanzierungsgesetz	-0,3	-0,1
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,9	0,8
Änderungen bei der Stromsteuer	-2,5	-2,0
Steuerfortentwicklungsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-6,1	-5,7
Inflationsausgleichsgesetz: Änderungen beim Einkommensteuertarif	-2,8	-1,0
Wachstumschancengesetz	-2,5	-0,8
Inflationsausgleichsprämie	6,0	0,0
Steuerbefreiung von Überstundenzuschlägen	0,0	-1,0
Auslaufen der temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Erdgas	0,8	0,0
Plastikabgabe	0,0	1,4
Degressive AfA	5,0	3,8
Erleichterungen bei Abschreibungen	-3,5	-3,5
Jahressteuergesetz 2022	1,0	-1,1
Jahressteuergesetz 2024	0,4	0,7
Anhebung der Entfernungspauschale	0,0	-2,3
Globale Mindestbesteuerung (Säule 2)	0,0	1,0
sonstige steuerliche Maßnahmen ²	-1,8	-0,9
Einnahmen aus CO ₂ -Bepreisung	4,0	4,4
Anhebung der LKW-Maut	0,9	0,2
Senkung des Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie auf 7%	0,0	-4,3
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2025 um 1,2 Prozentpunkte und zum 1. Januar 2026 um 0,3 Prozentpunkte	14,5	4,0
Erhöhung des Beitragszuschlags zur gesetzlichen Pflegeversicherung zum 1. Januar 2025 um 0,2 Prozentpunkte	2,7	2,8
Erhöhung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2025 um 0,09 Prozentpunkte	1,1	0,0
Inflationsausgleichsprämie	8,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Ausgaben für den Klimaschutz	-4,0	-6,0
Zusätzliche Verteidigungsausgaben	-4,0	-7,0
Zusätzliche Mittel für die Verkehrsinfrastruktur	-1,0	-10,0
Zusätzliche Mittel für den sozialen Wohnungsbau	-0,7	-0,5
Inflationsausgleichsgesetz und Steuerfortentwicklungsgesetz: Anhebung des Kindergeldes	-0,7	-0,6
Startchancenprogramm für Schulen	-0,5	-0,5
Ukraine-Hilfen	3,0	0,0
Änderungen beim BAföG	-0,2	0,0
Kürzungen bei der Förderung des ländlichen Raums, der Digitalisierung und beim Elterngeld	5,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Grundrente	-0,1	0,0
Pflegepersonal-Stärkungsgesetz und Pflegereform	-0,8	-0,1
Krankenhausreform und Endbudgetierung Hausärzte	-0,8	-0,7
Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz	-3,0	-0,2
Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitergeld für das Jahr 2025	-0,2	0,2
Ausweitung Mütterrente	-2,0	-2,0
Fixierung des Rentenniveaus bei 48%	0,0	-1,0
insgesamt (Mrd. Euro gegenüber Vorjahr)³	15,8	-31,9
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	0,4	-0,7

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ² Reform der Investmentbesteuerung, Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Änderungen beim Rennwett- und Lotteriesteuerergesetz, Fondsstandortgesetz, steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus, Jahressteuergesetz 2020, Erhöhung der Behinderten-Pauschbeträge und Anpassung weiterer steuerlicher Regelungen. – ³ Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A14
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2024
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 899,6	2 620,0	469,2	810,4	–
2	– Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 012,8	2 132,9	349,7	530,2	–169,0
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 350,2	1 704,1	358,3	287,8	20,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,5	30,6	0,3	10,6	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	64,0	61,7	0,2	2,2	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	685,2	460,0	–8,7	233,9	–188,9
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 355,9	–	–	2 355,9	14,2
9	– geleistete Subventionen	54,4	–	54,4	–	9,8
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	441,8	–	441,8	–	5,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 100,6	1 007,6	46,1	46,9	431,7
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 248,2	742,5	34,3	471,4	284,1
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 576,1	194,9	366,9	3 014,3	–326,5
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	539,0	128,2	–	410,8	14,8
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	553,1	–	553,1	–	0,7
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	910,9	–	–	910,9	3,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	909,6	153,0	755,7	0,8	5,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	787,8	84,7	702,3	0,8	0,8
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	777,7	–	–	777,7	10,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	464,4	271,2	90,4	102,7	98,1
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	402,7	237,2	31,4	134,1	159,8
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	–267,5
23	– Konsumausgaben	3 230,6	–	960,2	2 270,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
25	= Sparen	286,4	43,3	–45,9	289,0	–267,5
26	– geleistete Vermögenstransfers	113,6	13,2	84,4	16,1	8,4
27	+ empfangene Vermögenstransfers	91,2	50,7	20,6	19,9	30,8
28	– Bruttoinvestitionen	905,7	503,0	125,7	277,1	–
29	+ Abschreibungen	886,8	487,1	119,4	280,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	16,4	16,6	–0,2	0,0	–16,4
31	= Finanzierungssaldo	228,7	48,3	–115,6	296,0	–228,7
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 517,1	101,0	914,4	2 501,7	–267,5
33	– geleistete soziale Sachtransfers	594,9	–	594,9	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	594,9	–	–	594,9	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 517,1	101,0	319,5	3 096,6	–267,5
36	– Konsum ³	3 230,6	–	365,4	2 865,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,7	–	57,7	–
38	= Sparen	286,4	43,3	–45,9	289,0	–267,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2025

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 008,5	2 690,2	484,3	834,0	–
2	– Abschreibungen	917,7	505,1	123,3	289,4	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 090,8	2 185,2	361,1	544,6	–144,2
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 444,8	1 774,9	368,6	301,3	21,1
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,7	34,3	0,3	12,1	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	62,0	59,0	0,2	2,8	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	661,3	434,9	–7,7	234,0	–165,4
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 451,3	–	–	2 451,3	14,6
9	– geleistete Subventionen	52,8	–	52,8	–	9,2
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	465,3	–	465,3	–	5,6
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 091,9	990,1	54,5	47,3	473,6
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 254,4	739,0	34,6	480,8	311,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 687,6	183,8	385,0	3 118,8	–316,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	552,5	130,8	–	421,7	15,9
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	567,7	–	567,7	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	968,8	–	–	968,8	3,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	967,6	157,0	809,8	0,8	5,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	831,1	87,2	743,1	0,8	0,8
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	821,9	–	–	821,9	10,0
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	480,6	275,3	92,4	112,9	107,7
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	422,2	254,6	32,3	135,3	166,1
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 633,9	102,0	959,4	2 572,5	–263,1
23	– Konsumausgaben	3 348,3	–	998,4	2 350,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
25	= Sparen	285,6	44,7	–39,0	279,9	–263,1
26	– geleistete Vermögenstransfers	106,2	7,6	77,5	21,1	8,7
27	+ empfangene Vermögenstransfers	90,9	48,3	23,8	18,8	24,0
28	– Bruttoinvestitionen	940,2	522,1	130,5	287,6	–
29	+ Abschreibungen	917,7	505,1	123,3	289,4	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,4	14,3	–0,3	0,4	–14,4
31	= Finanzierungssaldo	233,4	54,0	–99,6	279,0	–233,4
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 633,9	102,0	959,4	2 572,5	–263,1
33	– geleistete soziale Sachtransfers	625,4	–	625,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	625,4	–	–	625,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 633,9	102,0	334,0	3 197,9	–263,1
36	– Konsum ³	3 348,3	–	373,0	2 975,3	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,4	–	57,4	–
38	= Sparen	285,6	44,7	–39,0	279,9	–263,1

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren Jahresergebnisse 2026

in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o. E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	4 143,6	2 783,5	501,6	858,6	–
2	– Abschreibungen	951,1	526,2	127,4	297,6	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	3 192,5	2 257,3	374,2	561,0	–129,7
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 514,5	1 824,2	380,7	309,6	21,6
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	53,9	39,7	0,3	14,0	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	59,2	56,4	0,2	2,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	683,3	449,8	–6,6	240,1	–151,3
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 521,0	–	–	2 521,0	15,1
9	– geleistete Subventionen	50,0	–	50,0	–	9,2
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	474,7	–	474,7	–	5,7
11	– geleistete Vermögenseinkommen	1 112,8	1 003,8	60,3	48,6	521,9
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	1 280,8	752,4	35,5	493,0	353,8
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 797,0	198,3	393,2	3 205,5	–307,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	566,5	139,6	–	426,9	16,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	582,4	–	582,4	–	0,8
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 007,1	–	–	1 007,1	3,9
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 006,0	161,5	843,7	0,8	5,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	868,7	89,9	777,9	0,8	0,8
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	859,6	–	–	859,6	9,8
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	502,2	278,1	100,5	123,6	118,3
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	442,2	273,3	33,5	135,4	178,2
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 742,8	125,5	974,4	2 643,0	–253,6
23	– Konsumausgaben	3 452,9	–	1 036,9	2 416,0	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,0	–	57,0	–
25	= Sparen	289,9	68,5	–62,5	283,9	–253,6
26	– geleistete Vermögenstransfers	105,4	6,2	81,2	18,0	9,5
27	+ empfangene Vermögenstransfers	90,3	49,4	21,7	19,3	24,7
28	– Bruttoinvestitionen	987,4	544,5	141,5	301,4	–
29	+ Abschreibungen	951,1	526,2	127,4	297,6	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	14,4	13,1	–0,3	1,6	–14,4
31	= Finanzierungssaldo	224,1	80,2	–135,8	279,8	–224,1
	<i>nachrichtlich:</i>					
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 742,8	125,5	974,4	2 643,0	–253,6
33	– geleistete soziale Sachtransfers	655,0	–	655,0	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	655,0	–	–	655,0	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 742,8	125,5	319,4	3 298,0	–253,6
36	– Konsum ³	3 452,9	–	381,8	3 071,1	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–57,0	–	57,0	–
38	= Sparen	289,9	68,5	–62,5	283,9	–253,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 und 2026: Prognose des IWH.

Tabelle A15

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

	2024	2025	2026	2025		2026	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
1 Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,2	0,0	0,1	-0,1	0,2	0,3	-0,2
Arbeitsvolumen	-0,1	-0,1	0,2	-0,2	0,0	-0,1	0,5
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	-0,3	-0,2	0,1	-0,1	-0,2	-0,4	0,7
Produktivität ¹	-0,1	0,5	0,9	0,2	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	-0,2	0,4	1,1	0,0	0,8	0,9	1,4
2 Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	3 230,6	3 348,3	3 452,9	1 633,0	1 715,3	1 681,4	1 771,5
private Haushalte ²	2 270,4	2 350,0	2 416,0	1 145,6	1 204,4	1 174,7	1 241,4
Staat	960,2	998,4	1 036,9	487,4	510,9	506,8	530,1
Anlageinvestitionen	898,5	930,8	978,3	450,0	480,8	469,4	509,0
Ausrüstungen	464,8	482,4	507,1	236,0	246,4	246,7	260,4
Bauten	265,3	268,9	281,9	127,7	141,3	131,8	150,1
Ausrüstungen	168,4	179,4	189,3	86,3	93,1	90,9	98,4
Vorratsveränderung ³	7,2	9,4	9,1	12,3	-2,9	12,9	-3,8
inländische Verwendung	4 136,3	4 288,6	4 440,4	2 095,3	2 193,2	2 163,8	2 276,6
Außenbeitrag	169,0	144,2	129,7	82,5	61,8	77,2	52,5
Exporte	1 799,6	1 801,6	1 840,1	902,8	898,8	905,0	935,1
Importe	1 630,6	1 657,3	1 710,4	820,3	837,0	827,8	882,5
Bruttoinlandsprodukt	4 305,3	4 432,8	4 570,1	2 177,8	2 255,0	2 241,0	2 329,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,9	3,6	3,1	3,7	3,6	3,0	3,3
private Haushalte ²	2,9	3,5	2,8	3,3	3,7	2,5	3,1
Staat	6,1	4,0	3,9	4,7	3,3	4,0	3,8
Anlageinvestitionen	-0,2	3,6	5,1	2,4	4,7	4,3	5,9
Bauten	-0,3	3,8	5,1	2,7	4,9	4,5	5,7
Ausrüstungen	-3,8	1,4	4,8	-0,7	3,4	3,3	6,2
sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,5	5,5	6,7	6,4	5,3	5,7
Inländische Verwendung	2,9	3,7	3,5	4,1	3,3	3,3	3,8
Exporte	-0,9	0,1	2,1	-0,9	1,1	0,2	4,0
Importe	-1,1	1,6	3,2	2,7	0,6	0,9	5,4
Bruttoinlandsprodukt	2,9	3,0	3,1	2,5	3,5	2,9	3,3
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Außenbeitrag	3,9	3,3	2,8	3,8	2,7	3,4	2,3
3 Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 705,4	2 736,4	2 767,6	1 345,7	1 390,7	1 360,3	1 407,3
private Haushalte ²	1 885,3	1 905,8	1 924,9	934,7	971,1	943,5	981,4
Staat	820,7	831,2	843,4	411,4	419,9	417,3	426,2
Anlageinvestitionen	711,4	717,5	738,4	347,8	369,7	354,9	383,4
Bauten	335,2	337,6	345,6	166,0	171,6	168,8	176,8
Ausrüstungen	226,3	225,0	233,4	106,7	118,3	109,0	124,4
sonstige Anlageinvestitionen	153,1	158,5	163,4	76,4	82,1	78,5	84,9
inländische Verwendung	3 452,7	3 489,4	3 543,3	1 717,1	1 772,3	1 740,5	1 802,7
Exporte	1 499,0	1 483,3	1 496,8	744,1	739,3	739,1	757,8
Importe	1 342,4	1 348,9	1 375,8	666,9	682,0	670,1	705,7
Bruttoinlandsprodukt	3 606,9	3 621,4	3 661,9	1 793,1	1 828,3	1 808,4	1 853,5
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	1,1	1,1	1,2	1,1	1,1	1,2
private Haushalte ²	0,2	1,1	1,0	0,9	1,3	0,9	1,1
Staat	3,2	1,3	1,5	1,9	0,7	1,4	1,5
Anlageinvestitionen	-2,7	0,9	2,9	-0,4	2,1	2,0	3,7
Bauten	-3,2	0,7	2,4	-0,4	1,8	1,7	3,0
Ausrüstungen	-5,4	-0,6	3,7	-2,8	1,5	2,2	5,2
sonstige Anlageinvestitionen	3,9	3,6	3,1	3,5	3,6	2,7	3,3
Inländische Verwendung	0,3	1,1	1,5	1,4	0,7	1,4	1,7
Exporte	-1,8	-1,0	0,9	-2,3	0,3	-0,7	2,5
Importe	-0,7	0,5	2,0	1,0	0,0	0,5	3,5
Bruttoinlandsprodukt	-0,2	0,4	1,1	0,0	0,8	0,9	1,4

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

	2024	2025	2026	2025		2026	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
4 Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
private Konsumausgaben ²	2,7	2,4	1,8	2,5	2,3	1,6	2,0
Konsumausgaben des Staates	2,8	2,7	2,4	2,7	2,6	2,5	2,2
Anlageinvestitionen	2,6	2,7	2,1	2,8	2,6	2,2	2,1
Bauten	3,0	3,1	2,7	3,1	3,0	2,7	2,6
Ausrüstungen	1,7	2,0	1,0	2,1	1,9	1,1	1,0
Exporte	0,9	1,2	1,2	1,5	0,8	0,9	1,5
Importe	-0,4	1,1	1,2	1,7	0,6	0,4	1,9
Bruttoinlandsprodukt	3,1	2,6	2,0	2,5	2,6	2,0	1,9

5 Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 014,3	3 118,8	3 205,5	1 525,9	1 592,9	1 563,8	1 641,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	402,6	427,5	442,2	208,0	219,4	215,6	226,7
Bruttolöhne und -gehälter	1 953,3	2 023,8	2 078,7	970,7	1 053,1	999,8	1 079,0
übrige Primäreinkommen ⁴	658,4	667,5	684,5	347,2	320,3	348,4	336,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	561,8	568,8	591,6	265,3	303,5	276,4	315,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 576,1	3 687,6	3 797,0	1 791,3	1 896,3	1 840,2	1 956,8
Abschreibungen	886,8	917,7	951,1	456,0	461,7	472,4	478,8
Bruttonationaleinkommen	4 462,8	4 605,3	4 748,2	2 247,3	2 358,0	2 312,5	2 435,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3 188,7	3 275,0	3 372,3	1 589,2	1 685,8	1 633,9	1 738,4
Arbeitnehmerentgelt	2 355,9	2 451,3	2 521,0	1 178,7	1 272,5	1 215,3	1 305,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	832,8	823,8	851,3	410,4	413,3	418,6	432,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,1	3,5	2,8	3,5	3,4	2,5	3,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,1	6,2	3,5	6,9	5,5	3,6	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	5,8	3,6	2,7	3,9	3,3	3,0	2,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	5,4	3,4	2,6	3,9	3,0	2,6	2,6
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,3	1,4	2,5	0,6	2,3	0,4	4,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-3,1	1,2	4,0	-1,4	3,8	4,2	3,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,9	3,1	3,0	2,8	3,4	2,7	3,2
Abschreibungen	3,6	3,5	3,6	3,4	3,5	3,6	3,7
Bruttonationaleinkommen	3,0	3,2	3,1	2,9	3,5	2,9	3,3
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,8	2,7	3,0	2,4	3,0	2,8	3,1
Arbeitnehmerentgelt	5,7	4,0	2,8	4,4	3,7	3,1	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-7,8	-1,1	3,3	-3,1	1,0	2,0	4,7

6 Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 971,8	2 040,0	2 101,5	982,9	1 057,1	1 016,1	1 085,3
Nettolöhne und -gehälter	1 364,1	1 398,7	1 430,8	664,7	734,0	682,9	747,8
monetäre Sozialleistungen	777,7	821,9	859,6	407,7	414,2	427,0	432,7
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	170,0	180,6	188,9	89,5	91,1	93,7	95,2
übrige Primäreinkommen ⁴	658,4	667,5	684,5	347,2	320,3	348,4	336,1
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-128,5	-135,0	-143,0	-62,0	-73,0	-66,0	-77,0
Verfügbares Einkommen	2 501,7	2 572,5	2 643,0	1 268,1	1 304,4	1 298,6	1 344,4
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	57,7	57,4	57,0	27,9	29,5	27,7	29,3
Konsumausgaben	2 270,4	2 350,0	2 416,0	1 145,6	1 204,4	1 174,7	1 241,4
Sparen	289,0	279,9	283,9	150,3	129,5	151,6	132,3
Sparquote (%) ⁶	11,3	10,6	10,5	11,6	9,7	11,4	9,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	6,1	3,5	3,0	3,7	3,3	3,4	2,7
Nettolöhne und -gehälter	6,0	2,5	2,3	2,7	2,4	2,7	1,9
monetäre Sozialleistungen	6,4	5,7	4,6	6,0	5,3	4,7	4,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	6,8	6,3	4,6	7,2	5,3	4,7	4,5
übrige Primäreinkommen ⁴	-1,3	1,4	2,5	0,6	2,3	0,4	4,9
Verfügbares Einkommen	4,0	2,8	2,7	2,7	2,9	2,4	3,1
Konsumausgaben	2,9	3,5	2,8	3,3	3,7	2,5	3,1
Sparen	12,6	-3,2	1,4	-2,4	-4,1	0,8	2,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2025 und 2026

	2024	2025	2026	2025		2026	
				1 Hj	2 Hj	1 Hj	2 Hj
7 Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	994,9	1 033,0	1 057,1	504,5	528,5	507,3	549,8
Nettosozialbeiträge	755,7	809,8	843,7	394,7	415,1	411,8	431,9
Vermögenseinkommen	34,3	34,6	35,5	17,9	16,7	18,3	17,2
sonstige Transfers	31,4	32,3	33,5	14,2	18,1	14,8	18,7
Vermögenstransfers	20,6	23,8	21,7	8,7	15,1	8,9	12,7
Verkäufe	185,1	195,7	208,0	89,3	106,5	94,5	113,4
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 022,2	2 129,5	2 199,6	1 029,4	1 100,1	1 055,8	1 143,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	676,5	710,1	743,6	340,7	369,4	357,1	386,5
Arbeitnehmerentgelt	358,3	368,6	380,7	178,2	190,4	183,8	196,9
Vermögenseinkommen (Zinsen)	46,1	54,5	60,3	27,6	26,9	30,9	29,5
Subventionen	54,4	52,8	50,0	22,9	29,9	21,5	28,5
monetäre Sozialleistungen	702,3	743,1	777,9	368,6	374,4	386,2	391,8
sonstige laufende Transfers	90,4	92,4	100,5	44,8	47,6	48,8	51,7
Vermögenstransfers	84,4	77,5	81,2	29,8	47,6	31,2	50,0
Bruttoinvestitionen	125,7	130,5	141,5	57,6	72,9	62,1	79,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,2	-0,3	-0,3	-0,2	-0,1	-0,2	-0,1
Insgesamt	2 137,8	2 229,1	2 335,5	1 069,9	1 159,2	1 121,3	1 214,1
Finanzierungssaldo	-115,6	-99,6	-135,8	-40,5	-59,1	-65,5	-70,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,5	3,8	2,3	3,9	3,8	0,6	4,0
Nettosozialbeiträge	6,5	7,2	4,2	8,0	6,4	4,3	4,0
Vermögenseinkommen	9,2	1,0	2,5	-0,2	2,4	2,5	2,5
sonstige Transfers	-5,9	2,9	3,6	2,4	3,3	4,1	3,2
Vermögenstransfers	6,0	15,6	-9,1	-5,9	33,4	2,2	-15,7
Verkäufe	11,8	5,7	6,3	5,1	6,3	5,9	6,6
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,3	5,3	3,3	5,3	5,3	2,6	4,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	8,0	5,0	4,7	5,8	4,2	4,8	4,6
Arbeitnehmerentgelt	6,1	2,9	3,3	2,9	2,9	3,1	3,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	26,0	18,3	10,6	19,9	16,8	12,0	9,3
Subventionen	-35,6	-3,1	-5,2	-9,3	2,3	-6,0	-4,6
monetäre Sozialleistungen	6,9	5,8	4,7	6,3	5,4	4,8	4,6
sonstige laufende Transfers	-1,5	2,2	8,8	2,6	1,8	9,1	8,5
Vermögenstransfers	13,3	-8,2	4,9	-19,8	1,0	4,6	5,0
Bruttoinvestitionen	7,3	3,9	8,4	4,3	3,6	7,8	8,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	5,6	4,3	4,8	4,3	4,3	4,8	4,7
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	-2,7	-2,2	-3,0	-1,9	-2,6	-2,9	-3,0

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche)⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2025: Prognose des IWH



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.

Professor Dr. Oliver Holtemöller

Professor Michael Koetter, Ph.D.

Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion

Stefanie Müller-Dreißigacker, M. A.

Layout und Satz: Franziska Exß, Ingrid Dede

Tel +49 345 7753 765

Fax +49 345 7753 718

E-Mail: stefanie.mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)

Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820

www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: Markus Winkler, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 13. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 11.06.2025

ISSN 2195-8319

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird in unseren Beiträgen eine geschlechtsspezifische Differenzierung nicht durchgehend berücksichtigt. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.

30
Jahre
Leibniz
Gemeinschaft

Das IWH wird von Bund und Ländern gefördert.